

DEUTSCHLAND MUSS SPAREN – AUCH AN DER UNTERSTÜTZUNG VON INTEGRATION?

Es fällt uns allen auf die Füße, wenn im Bundeshaushalt an der Arbeit mit Migrant_innen und Geflüchteten der Rotstift angesetzt wird. Wie soll Integration gelingen – ohne Hilfe bei der Suche nach Sprachkursen, Kitaplatz, Job und Wohnung? Der Deutsche Caritasverband kann daher nicht verstehen, warum die Bundesregierung die Mittel für diese Arbeit massiv kürzt. Und das gerade jetzt, wo wir über die große Zahl von neu einwandernden Menschen sprechen – ja streiten.

2022 sind rund 2,7 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert. Darunter waren etwa die Hälfte Schutzsuchende, aber auch ca. 610.000 EU-Bürger_innen und knapp 200.000 Auszubildende, Student_innen und Arbeitskräfte aus allen Teilen der Welt. Unabhängig vom Grund der Einreise brauchen viele dieser Menschen Hilfe dabei, sich zu orientieren und in Deutschland anzukommen.

Die Caritas und andere Wohlfahrtsverbände konnten 2022 in 1.400 Beratungsstellen 559.000 Menschen erreichen (beraten wurden 315.000) und so den Weg für gelungene Integration vorbereiten. Die Berater_innen unterstützen Migrant_innen und Geflüchtete mit ihren Familien dabei, gut in Deutschland anzukommen, soziale Kontakte zu knüpfen und einen Job zu finden. Nicht zu vergessen die Hilfe bei bürokratischen Formularen. Wenn man jetzt spart, sind die Folgekosten für die Gesellschaft und das Gesundheitssystem viel höher.

Kurz: Anstatt die dringend notwendigen Unterstützungsstrukturen wie die Migrations-, Asylverfahrens- und psychosoziale Beratung bedarfsgerecht auszustatten, sind drastische Einsparungen geplant. Dies ist kurz-sichtige Politik, die wir uns eigentlich nicht leisten können – die weitreichenden Folgekosten für die Sozial-systeme und den gesellschaftlichen Frieden werden leider nicht eingepreist.

HINTERGRUND

- Bundesweit gibt es rund 1.400 Beratungsstellen der MBE unterschiedlicher Träger. Im Jahr 2022 wurden in der MBE 315.000 Beratungsfälle gezählt. 244.000 Familienangehörige konnten mitberaten werden, so dass bundesweit 559.000 Personen erreicht wurden. Die Zahlen für 2023 liegen noch nicht vor.
- Im Bereich der Migration sollen nach dem Entwurf für den Bundeshaushalt für 2024 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/078/2007800.pdf>) bei Beratungsstellen für erwachsene Einwanderer (MBE) 30 Prozent eingespart werden. Von 81,5 Millionen Euro im Jahr 2023 soll die Förderung auf 57,5 Millionen Euro im Jahr 2024 sinken (Drucksache 20/7800, Titel 06).

- Ähnlich drastische Kürzungen sind auch bei den psychosozialen Zentren (<https://www.bundeshaushalt.de/static/daten/2023/soll/epl17.pdf>) und der Asylverfahrensberatung vorgesehen (Drucksache 20/7800, Titel 06)
- Zudem ist die Integrationsarbeit auch durch die geplanten Kürzungen beim Ehrenamt und den Bundesfreiwilligendiensten betroffen. Beide Engagement-Formen sind gerade im Integrationskontext weit verbreitet und wichtig (Drucksache 20/780).
- DCV zu den Sparplänen: Risiken für den sozialen Frieden (<https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/sozialpolitik/haushaltsplaene-2024-riskant-fuer-den-sozialen-frieden>).
- BAGFW-Kritik und Factsheets zu den Sparplänen: <https://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen/detail/scharfe-kritik-an-kuerzungsplaenen-der-bundesregierung>

KONTAKT

- **PD Dr. Andrea Schlenker,**
Stellvertretende Bereichsleiterin, Referatsleiterin, Referat Migration und Integration
Andrea.Schlenker@caritas.de
- **Tobias Mohr,**
Referatsleiter, Referat Migration und Integration, Tobias.Mohr@caritas.de

**FACT
SHEET**
16.10.23

Herausgegeben von
Deutscher Caritasverband e.V.
Vorstandsbereich Finanzen und Internationales

Referat Migration und Integration
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Telefon-Zentrale 0761 200-0